



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Landtagspräsident Wilfing Mag. Karl

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 17.10.2018

zu Ltg.-203 / V-6 / 43-2018

— Ausschuss

RU3-A-191/040-2018

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.ru3@noel.gv.at

Fax: 02742/9005-14350

Bürgerservice: 02742/9005-9005

Internet: www.noel.gv.at

- www.noel.gv.at/datenschutz

(0 27 42) 9005

Bezug

BearbeiterIn

Durchwahl

Datum

Mag. Klaus

15175

9. Oktober 2018

Bottensteiner

Betrifft

Resolutionsantrag der Abg. Aigner betreffend Anti-Atom Offensive gegen
Atommüllendlager in Grenznähe;

Sehr geehrter Herr Präsident!

Betreffend den Resolutionsantrag „Anti-Atom Offensive gegen Atommüllendlager in Grenznähe“ der Abgeordneten Aigner u.a., beschlossen am 14.6.2018, Ltg.-203/V-6/43-2018 übermittelt die Abteilung RU3 in enger Abstimmung mit der Anti-Atomkoordination der Abteilung Anlagentechnik folgende Stellungnahme, die auch mit den Abteilungen IVW4, LAD4 und RU4 abgestimmt wurde:

Die NÖ Anti-Atomkoordination setzt sich mit Nachdruck dafür ein, mögliche negative Auswirkungen auf Niederösterreich durch einen grenznahen Standort für ein Atommüllendlager zu verhindern. Ein wichtiges Instrument dazu ist eine transparente Suche und ein nachvollziehbares Auswahlverfahren mit ausreichender und grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung von unseren Nachbarstaaten zu fordern.

Dies geschieht auf politischer Ebene, wie bei den LandesumweltreferentInnenkonferenzen in den Jahren 2017 und 2018, genauso wie auf Expertenebene der Bundesländer und des Bundes.

Daher dürfen wir berichten, dass bereits bei der LandesumweltreferentInnenkonferenz am 23. Juni 2017 in Gmunden auf Initiative von Niederösterreich hin folgender Beschluss „Transparente Suche nach einem Standort für ein Atommülllager in Tschechien“ einstimmig gefasst wurde:

„Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht die Bundesregierung, die Bundesländer bei ihren Bemühungen zu unterstützen, mögliche negative Auswirkungen auf Österreich durch ein grenznahe Atommülllager für hochradioaktive Abfälle und abgebrannte Brennelemente zu verhindern und eine transparente Suche und ein nachvollziehbares Auswahlverfahren mit ausreichender grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung für einen möglichen Standort für das geplante Atommülllager in der Tschechischen Republik bei den tschechischen Behörden einzufordern.“

Ebenso einstimmig fasste die LandesumweltreferentInnenkonferenz am 15. Juni 2018 in Salzburg zum Thema „Standort Atommülllager in Tschechien“ folgenden Beschluss:

„Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht die Bundesregierung, die Bundesländer bei ihren Bemühungen zu unterstützen,

- mögliche negative Auswirkungen auf Österreich durch ein grenznahe Atommülllager für hochaktive Abfälle und abgebrannte Brennelemente zu verhindern,*
- die tschechische Argumentation bei der weiteren Eingrenzung der Standortoptionen darauf hin zu prüfen, dass diese vorrangig nach sicherheitstechnischen Merkmalen erfolgt und die zur Bewertung verwendeten Daten auch tatsächlich standortspezifisch gewonnen wurden und somit als Grundlage für eine qualifizierte Bewertung überhaupt geeignet sind,*
- alle rechtlichen Möglichkeiten zur Vermeidung möglicher negativer Auswirkungen auf Österreich durch ein grenznahe Atommülllager für hochaktive Abfälle und abgebrannte Brennelemente auszuschöpfen und*
- ein nachvollziehbares Auswahlverfahren mit ausreichender grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung für einen Atommülllagerstandort in der Tschechischen Republik bei den tschechischen Behörden einzufordern.“*

In der aktuellen Phase des laufenden Auswahlprozesses soll frühestens bis Ende 2018 eine erste Einschränkung auf 4 Standorte erfolgen, an denen Tiefenbohrungen vorgesehen sind. Nach derzeitigem Informationsstand ist mit folgenden Eckpunkten bei der Suche nach einem Atommüllendlager in Tschechien zu rechnen:

- Seit 2016 läuft Phase 1 des Auswahlprozesses: Ergebnis ist die Einschränkung auf 4 potentielle Standorte
- 9 potentielle Standorte für ein Atommülllager sind derzeit bekannt
- Der nächste Standort liegt rd. 21 km von der NÖ Grenze entfernt (Čihadlo)
- Auch Standorte nahe der Atomkraftwerke Temelin und Dukovany sind dabei
- April 2018: öffentliche Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung in Tschechien nahe der 9 potentiellen Standorte; organisiert von der tschechischen Behörde für nukleare Abfallentsorgung (SURA)
- Frühestens Ende 2018 Beginn der Phase 2 des Auswahlprozesses mit näheren Untersuchungen (z.B. Tiefenbohrungen) an 4 Standorten
- Frühestens ab 2020: Auswahl zweier Kandidatenstandorte
- Frühestens ab 2025: Auswahl endgültiger Standort
- Frühestens ab 2035: Beginn des UVP-Verfahrens für das Endlager
- Frühestens ab 2050: Bau des Tiefenlagers
- Frühestens ab 2065: Beginn der Einlagerung

Diesem Zeitplan zu Grunde liegend ist es entsprechend Ihrem Beschluss aus Sicht Niederösterreichs wichtig, beim tschechischen Auswahlprozess für ein Atommüllendlager darauf zu drängen, eine möglichst frühe Mitsprache für die niederösterreichische Grenzbevölkerung bei den tschechischen Behörden einzufordern.

Daher hat sich Niederösterreich gemeinsam mit anderen Bundesländern am laufenden grenzüberschreitenden SUP-Verfahren (Strategische Umweltprüfung) betreffend „Aktualisierung Entsorgungskonzept radioaktiver Abfälle und abgebrannte Brennelemente in Tschechien“ beteiligt und seine begründeten Einwände in einer gemeinsamen Stellungnahme an die zuständigen tschechischen Behörden über die Kontaktstelle des BMNT (damals BMLFUW) fristgerecht mit 1. August 2017 übermittelt:

http://www.noel.gv.at/noe/Umweltschutz/Gemeinsame_SUP-Abfall-Tschechien_final.pdf

Außerdem dürfen wir die positive Bilanz der Unterschriftenaktion gegen ein grenznahe tschechisches Atommüllendlager erwähnen. Bereits bis Herbst 2017 wurden auf Initiative von Frau Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf 50.000 Unterschriften gesammelt, die eine erfolgreiche Allianz gegen Atomkraft und ein klares Bekenntnis zu 100 Prozent Erneuerbare Energie in NÖ zeigen:

http://www.noel.gv.at/noe/Erfolgreiche_Allianz_gegen_Atomkraft.html

Somit wurden ganz konkrete Maßnahmen Niederösterreichs im Sinne Ihres Beschlusses bereits ergriffen, nämlich sich in einem grenzüberschreitenden Umweltprüfungsverfahren einzubringen und somit aktiv daran mitzuwirken, dass ein Atommüllendlager in der Grenzregion verhindert wird. Zukünftig wird sich die Anti-Atomkoordination für Niederösterreich weiterhin laufend im Zuge dieses und folgender grenzüberschreitender Verfahren einsetzen, um alle fachlichen und rechtlichen Argumente gegen ein grenznahe Atommüllendlager in Tschechien geltend zu machen.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

D r . P e r n k o p f

LH-Stellvertreter

